

Nett verpackt: Marshallplan als Mogelpackung

Warum von der Afrikapolitik der Bundesregierung nichts Gutes für Afrika zu erwarten ist

Anne Jung, medico international, November 2017

Warum befasst sich eine Hilfs- und Menschenrechtsorganisation mit der deutschen Afrikapolitik?

Seit fast 50 Jahren leistet die medico international Hilfe für Menschen in Not. In Solidarität mit den Ausgegrenzten und Marginalisierten im globalen Süden stellt sich medico den zerstörerischen Auswirkungen der Globalisierung entgegen und streitet für menschenwürdige Lebensverhältnisse ein, die ein Höchstmaß an Gesundheit und soziale Gerechtigkeit ermöglichen. Aus unserer Sicht leidet die Welt leidet nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe notwendig machen.

Die Nestlé Babybreipackung mit dem leicht angestaubten blauen Teddy vorne drauf hofft in dem kleinen Supermarkt am Rande einer informellen Siedlung in Kenias Hauptstadt Nairobi auf Kundschaft. »Keine Packung habe ich von dem Mist verkauft«, beschwert sich der Ladenbetreiber. An dieser Momentaufnahme aus dem Frühjahr 2017 lässt sich die Scheinheiligkeit der »Afrikapolitik« der mächtigsten Industrienationen der Welt zeigen. Unter deutschem Vorsitz luden sie im G20 Sommer 2017 jene afrikanischen Staaten an den Verhandlungstisch, die bereit sind für ein paar Brosamen ihre Märkte zu öffnen. Das »Abkommen mit Afrika« (**»Compact with Africa«**) will Firmen für Investitionen in Afrika begeistern.

Nestlé ist bereits schwer begeistert. Deren Produkte und die der anderen Lebensmittelmultis überschwemmen die afrikanischen Märkte vieler Länder.

Mit riesigem Gewinn verkaufen sie ihre Produkte in Minigrößen – *popularly positioned products* nennen das die Unternehmen – und bieten dabei überwiegend Fertigprodukte mit zuviel Salz, Zucker und Geschmacksverstärkern an: Conveniencefood als Symbol für das Versprechen einer geträumten Moderne, die am elenden Alltag nichts verbessert, dafür aber noch ärmer und kränker macht. In Kenia, das weiterhin von einer dramatischen Hungersnot heimgesucht wird, sind inzwischen 25 Prozent der Bevölkerung aufgrund von Fehlernährung übergewichtig. Zu den tödlichen Begleiterscheinungen gehören unter anderem Diabetes und Herz-Kreislaufkrankungen. Weltweit sind 700 Millionen Menschen betroffen, davon 100 Millionen Kinder. Tendenz steigend. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kommt in ihren Studien zum immer gleichen Ergebnis: **Big Food** trägt wesentliche Verantwortung für diese globale Seuche.

Das von der Politik geschaffene Geschäftsmodell von Nestlé und Co. funktioniert nach dem bewährten Prinzip die Gewinne dadurch zu steigern, dass die Risiken auf die meist armen Weiterverkäufer*innen abgewälzt werden. Nach dem Tupperwarenprinzip müssen die Händler, wie der Ladenbetreiber in Nairobi oder Frauen aus den Slumgebieten, die Ware erst kaufen, um sie dann weiterzuverkaufen. Die Folge: Lokale Händler*innen gehen Pleite, das Angebot von gesunden lokalen Produkten geht zurück und wenn die Ware sich aus welchen Gründen auch immer mal nicht verkauft, dann ist das nicht das Problem von Nestlé.

Das Tür zu Tür Marketing markiert eine neue Ära, in der Unternehmen für ihr Wachstum in Entwicklungsländern keinen Quadratmeter unberührt lassen und damit inzwischen einen erheblichen Anteil ihres Umsatzes machen, erläutert *Barry Popkin*, Professor für Ernährung an der Universität North Carolina. Um den Widerstand gegen ihre krankmachenden Produkte aus dem Weg zu räumen, finanzieren Nestlé und Co Wahlkämpfe und nehmen Einfluss auf die Forschung an Universitäten.¹ Den eingangs erwähnten Nestlébrei, muss der Händler in Nairobi übrigens bald auf den Müll schmeißen. Das Mindesthaltbarkeitsdatum ist abgelaufen.

Ein Beispiel für die handelspolitischen Rahmenbedingungen, unter denen das **Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ)** im deutschen G20 Sommer den **»Marshallplan mit Afrika«** vorgelegt hat.²

Das BMZ räumt in dem Papier überraschenderweise ein, dass *»Europa über Jahrzehnte seine Afrikapolitik häufig an kurzfristigen Wirtschafts- und Handelsinteressen ausgerichtet«* hat und schlägt eine Korrektur vor. *»Es ist notwendig, die Zusammenarbeit mit den Ländern Afrikas neu zu gestalten. Afrika muss mehr sein, als der Kontinent der Rohstoffe«*, heißt es weiter. Zur Neugestaltung gehöre aus handelsbezogener Perspektive u.a.:

- Der Aufbau von Produktionsketten
- Faire Handelsbedingungen
- Diversifizierung der Wirtschaft
- Stopp von schädlichen Exporten nach Afrika
- Förderung der Landwirtschaft
- Stärkung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt.

Diese Vorschläge könnten genauso wie die im Papier skizzierten Forderungen nach Einhaltung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards oder dem Stopp illegaler Finanzströme und aggressiver Steuervermeidung (was durch die Veröffentlichung der »Paradiese Papers« eine neue Aktualität bekommen hat) auf den ersten Blick aus der Feder sozialer Bewegungen oder Nichtregierungsorganisationen stammen.³

¹ Andrew Jacobs und Matt Richtel: How Big Business Got Brazil Hooked on Junk Food New York Times 16.9.2017

² **10 Punkte für den Marshallplan mit Afrika:**

1. Wir brauchen jetzt einen neuen Zukunftsvertrag mit Afrika
2. Afrika braucht afrikanische Lösungen
3. Vorfahrt für Jobs und Chancen für die Jugend
4. Investitionen für unternehmerische Entfaltung
5. Wertschöpfung statt Ausbeutung
6. Politische Rahmenbedingungen fördern und fordern
7. Reformpartnerschaften statt Gießkannenprinzip
8. Ein gerechter globaler Ordnungsrahmen
9. Staatliche Entwicklungsgelder (ODA) alleine sind nicht die Lösung
10. Wir lassen niemanden zurück: »Deutschland steht zu seiner Mitverantwortung gegenüber den am wenigsten entwickelten Ländern. Der Marshallplan behält die Grundbedürfnisse der Menschen im Blick: Ernährungssicherung, Wasser, Energie, Infrastruktur, Digitalisierung, Gesundheitsversorgung und Zugang zu Bildung – insbesondere für Frauen und Mädchen. Die Chancen und Herausforderungen der Verstärkung müssen ebenso berücksichtigt werden, wie das Heben der Potentiale der ländlichen Entwicklung und der Landwirtschaft«.

www.bmz.de/de/laender_regionen/marshallplan_mit_afrika/inhalt/10_thesen/index.jsp

³ www.bmz.de/de/laender_regionen/marshallplan_mit_afrika/

Bei genauer Betrachtung entpuppt sich der »Marshallplan mit Afrika« jedoch bereits im Titel als Mogelpackung. Im Gegensatz zum Marshallplan von 1948, der Deutschland nach dem 2. Weltkrieg den Wiederaufbau ermöglichte (er bestand aus Krediten, der Lieferung von Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren) und einer Summe ausgestattet war, die heute 130 Milliarden Euro entsprechen würde, ist im gleichnamigen Plan für Afrika gar kein Geld vorgesehen. Also null Euro. Zudem enthält der Plan überhaupt kein Konzept für dessen Umsetzung und steht außerdem im krassen Widerspruch zu der an Wirtschaftsinteressen ausgerichteten deutschen Afrikapolitik.

Das BMZ verstehe den Plan als »Angebot an Afrika«, sagt Dr. Stefan Oswald vom BMZ. Ausgeblendet wird hierbei, dass die afrikanischen Länder überhaupt nicht in der Position sind, das Angebot abzulehnen oder anzunehmen. Dies wird deutlich, wenn man die deutsche Afrikapolitik genauer betrachtet.

Der eingangs erwähnte »Compact with Africa (CWA)⁴« zum Beispiel, der von den G20-Finanzministern zeitgleich mit dem Marshallplan im Frühjahr 2017 lanciert wurde, will die Privatinvestitionen in Afrika vorantreiben. Die Übereinkunft zwischen Weltbank, Internationalem Währungsfonds und der Afrikanischen Entwicklungsbank könnte aus den finsternen Zeiten der Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank stammen und stehen exemplarisch für die Ausrichtung der deutschen (und europäischen) Afrikapolitik. Das Rezept ist einfach, die Wirkung fatal: Man mische die Liberalisierung der Finanzmärkte mit der Reduktion von öffentlichen Ausgaben und dem Abbau von Schutzzöllen und erzwingt obendrein noch die Privatisierung von staatlichen Firmen. Und in der Tat: Die bisher am Compact beteiligten afrikanischen Länder, darunter Senegal, Ruanda und Marokko, werben mit der Verfügbarkeit von billigen Arbeitskräften und versprechen freien Zugang zu ihren Märkten sowie weitreichende Privatisierung.⁵

Es gibt kein einziges historisches Beispiel aus einem arm gehaltenen Land, wo solche Maßnahmen, die letztlich auf die Abschaffung des öffentlichen Sektors und die erzwungene Selbstentmachtung der afrikanischen Regierungen zielen, die Lebensbedingungen der Bevölkerungsmehrheit verbessert hätten.

Das ist auch gar nicht das Ziel, erläutert Jane Nalunga, Handelsexpertin beim Southern and Eastern Africa Trade Information and Negotiations Institute (SEATINI) aus. »Bei dem Compact geht es nicht darum, den Menschen in Afrika aus der Armut zu helfen. Sein Zweck ist es, für Unternehmen aus den G20-Ländern Investitionsmöglichkeiten zu schaffen«. Und sie macht eine wichtige Unterscheidung auf: »Alles dreht sich um die Rechte von Investoren. Der gesamte afrikanische Kontinent soll sich für sie attraktiv machen. Aber wo bleiben die Rechte der Bürger und Bürgerinnen? Wo werden die politischen Rahmenbedingungen, die sozialen und ökologischen Risiken geklärt«?

Die seit vielen Jahren von der Europäischen Union mit ausgewählten afrikanischen Ländern verhandelten und u.a. von Kenia nach großem Druck der EU unterzeichnetem

⁴ Die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die Afrikanische Entwicklungsbank haben hierzu gemeinsam einen Bericht erstellt „The G20 Compact with Africa: A Joint AfDB, IMF, and WBG Report“, der von den Finanzministern und Notenbankgouverneuren in Baden-Baden begrüßt wurde. Dieser Bericht stellt einen Katalog von Instrumenten und Maßnahmen vor, welche die makroökonomischen, wirtschaftspolitischen und finanziellen Rahmenbedingungen für private Investitionen verbessern sollen.

⁵ www.compactwithafrica.org/content/compactwithafrica/home/events/africa-advisory-group-meeting-may-4-2017.html

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (**Economic Partnership Agreements** EPA) streben laut Aussage des Bundeswirtschaftsministeriums an, eine »reibungslose Integration dieser Regionen in den Weltmarkt sicher zu stellen«. ⁶

Welche Interessen verfolgt die EU mit den EPA?

- **Marktöffnung:** Die afrikanischen Unterzeichnerstaaten öffnen ihre Märkte zu 80 % für Waren aus Europa, während nur ca. 10% der Waren aus den afrikanischen Ländern international wettbewerbsfähig sind. ⁷
- **Wegfall des bevorzugten Marktzugangs:** Einnahmeverluste für afrikanische Länder werden befürchtet, weil der Schutz für die ärmsten Länder, die bisher für einige Waren einen bevorzugten Marktzugang nach Europa haben, wegfallen wird.
- **Staatliche Subventionen fallen weg,** weil diese für die lokale Landwirtschaft in afrikanischen Ländern von der EU nicht toleriert werden. ⁸

In der Folge der EPA wird die Reduzierung des afrikanischen Kontinents auf die Rolle des Rohstofflieferanten verfestigt:

- Kein Aufbau eigener Produktionsstätten
- Vulnerabilität durch Preisschwankungen
- Verlust von Ackerflächen
- Abhängigkeit von Entwicklungshilfe.

Aus der Projektpraxis

Rohstoffraub in Westafrika: Enteignung von gesellschaftlichem Reichtum

Die tödlichen Folgen einer Handelspolitik, die auf Deregulierung, Privatisierung und billige Arbeitskräfte setzt, möchte ich nun am Beispiel der kleinen Provinzhauptstadt Koidu ganz im Osten von Sierra Leone zeigen. So wie alle bedeutenden mineralischen und landwirtschaftliche Rohstoffe des kleinen westafrikanischen Landes – Gold, Bauxit, Rutil, aber auch das fruchtbare Land und die maritimen Ressourcen entlang der 400 Kilometer langen Atlantikküste – könnten auch die Diamanten, die seit mehr als 100 Jahren in Koidu abgebaut werden, einen bedeutenden Beitrag zur Entwicklung des Landes leisten. Tatsächlich aber leben über 70% der fünf Millionen Einwohner/innen Sierras unter der Armutsgrenze, in keinem Land der Welt sterben so viele Kinder, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreicht haben.

Warum macht der Reichtum die Menschen in Sierra Leone arm?

Während des langen Bürgerkrieges in den 1990er Jahren weigerten sich europäische Regierungen eine wirksame Regulierung gegen Konfliktdiamanten umzusetzen (eine im Ergebnis völlig unzureichende Regelung – das Kimberleyabkommen – trat erst 2002 nach Kriegsende in Kraft). Europäische Diamantenkonzerne stabilisierten mit ihren lukrativen Geschäften die Kriegsökonomie.

⁶ Zur Architektur des Welthandels. Siehe: www.bpb.de/apuz/175488/zur-architektur-des-welthandels?p=all

⁷ Eine Studie des *Southern and Eastern Africa Trade Information and Negotiations Institute* zu den erwarteten Auswirkungen von EPAs auf Kenia weist nach, dass unter den als afrikanisch deklarierten Waren wie Blumen einige zu europäischen Unternehmen gehören. Die Asymmetrie ist daher weit größer.

⁸ Mabika, et al (2007): Health Implications of the proposed Economic Partnership Agreements (EPA) between east and Southern African Countries and the European Union.

www.researchgate.net/publication/237473992_Health_implications_of_proposed_Economic_Partnership_Agreement_EPA_between_east_and_southern_African_countries_and_the_European_Union

Das Kriegsende 2002 ermöglichte es, die Ausbeutung der Rohstoffe auszuweiten, aus Konfliktdiamanten wurden Diamantenkonflikte.⁹

Heute sind die Hälfte der Kinder und Jugendlichen in den Abbaugebieten gezwungen, in den Minen zu arbeiten, um ihre Familien finanziell zu unterstützen. Im Durchschnitt verdienen die meisten Beschäftigten weniger als einen US-Dollar pro Tag. Manche werden sogar nur mit einer Tagesverpflegung (Reis) bezahlt. Sklavenarbeit im 21. Jahrhundert.

»In den letzten Jahren führte die Erschließung neuer Minen zu massiver Vertreibung und in der Folge zu Zwangsmigration«, berichtet Patrick Tongu von Network Movement for Justice and Development (NMJD), einer Partnerorganisation von medico international in Sierra Leone. Ganze Dorfgemeinschaften werden von Bergbauunternehmen gewaltsam von ihrem Land vertrieben, um an die wertvollen Steine zu gelangen. Entschädigung bekommen die wenigsten. Die durch Sprengungen für den Diamantenabbau entstandenen Krater fressen sich bis ins Zentrum der Provinzhauptstadt Koidu. Die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen schrumpfen und erhöhen die Abhängigkeit von der Arbeit in den Minen.

Die Kombination aus extremer Ausbeutung und sozialer Ungleichheit, Rechtsunsicherheit und fehlender Grundversorgung hat Auswirkungen auf alle Menschen dieser Region und geht damit weit über die direkten Folgen der sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen hinaus.

Nochmal zur Erinnerung: »Afrika muss mehr sein, als der Kontinent der Rohstoffe« heißt es im Marshallplan. Mogelpackung, denn der Plan nennt keine der handelspolitischen Ursachen für die sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen. Diese sind nicht im Rohstoffreichtum selbst zu suchen, sondern Ergebnis politischer Entscheidungen, die diese Form des Wirtschaftens ermöglichen. Die deutsche und europäische Politik befreit sich mit ihren Handelsverträgen von überflüssigem Ballast wie

- der Wahrung der Menschenrechte
- der Schaffung von Arbeits- und Sozialstandards
- Steuerzahlungen von Großkonzernen
- verpflichtenden Reinvestitionen durch die Konzerne.

Der vielbeschworene Rohstofffluch ist nicht das Ergebnis von Zauberei, er wurde geschaffen auch von den genannten politischen Entscheidungen, die das Profitstreben von Konzernen rechtlich absichern und die Bevölkerungen von dem grundlegendsten Menschenrecht, nämlich dem Recht darauf Rechte zu haben ausschließen.

Um es positiv zu wenden: Der Rohstoffreichtum vieler afrikanischer Länder birgt die potentielle Möglichkeit in sich, dass sich die Länder aus eigener Kraft aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit

⁹ 2017 trat die **EU Konfliktmineralien-Verordnung** endlich in Kraft. Die Verordnung soll gewährleisten, dass der Import von Rohstoffen in die EU keine Konflikte oder Menschenrechtsverletzungen finanziert. »Leider«, so Michael Reckordt, Koordinator des bundesweiten Netzwerks AK Rohstoffe; »nimmt die Verordnung den Großteil der verarbeitenden Industrie, der diese Rohstoffe in beispielsweise in Autos, Laptops oder Küchengeräten nutzt, erst gar nicht in die Pflicht«.

Außerdem betrifft sie nur vier Rohstoffe (**Zinn, Tantal, Wolfram und Gold**). Unberücksichtigt bleiben zahlreiche Rohstoffe der Zukunft wie Lithium oder auch Kobalt, das in politisch instabilen Ländern wie der Demokratischen Republik Kongo abgebaut wird. Zugleich fordert die EU mit Deutschland an der Spitze in der EU-Rohstoffinitiative den ungehinderten Zugang zu Rohstoffen und übt massiven Druck auf die Exportländer aus, um die eigene »Rohstoffsicherheit« zu gewährleisten.

befreien können und die Menschen die Möglichkeit haben, eine gerechte Verteilung des Reichtums einzufordern. Wo nichts da ist, kann auch nichts eingefordert werden.

Das Grüne Gold: Der globale Landraub

Werfen wir nun einen Blick auf die Wirklichkeit der landwirtschaftlichen Produktion, die nach Aussage des Marshallplans gezielt gefördert werden soll. Afrika steht seit einigen Jahren im Mittelpunkt des globalen Landgeschäfts, an dem viele deutsche Firmen beteiligt sind¹⁰. Industrieländer, Agrarkonzerne, aber auch internationale Banken und Investmentfonds erwerben oder pachten riesige Ländereien, um auf ihnen Getreide für Biosprit anzubauen oder Plantagen für Palmöl zu entwickeln. Hirten, Kleinbäuerinnen, Fischer, Landarbeiterinnen und Nomaden verlieren durch das »Landgrabbing« den für ihre Ernährungsgrundlage wichtigen Zugang zu Land und Wasser und werden in Armut gestürzt. In repressiven Ländern, wo Regierungen bereitwillig für einen kurzfristigen Profit ihr Land an Investoren verpachten oder verkaufen und Menschen nur unter großer Gefahr ihre Rechte einfordern können, machen Investoren unbürokratisch und günstig Geschäfte und gefährden damit die Ernährungssouveränität von Millionen Menschen¹¹ und die Sicherheit der Menschen, die sich gegen den Ausverkauf ihrer Länder zur Wehr setzen.¹²

In Kenia zum Beispiel pachten internationale Konzerne riesige Landflächen für den Anbau von Jatropha für die Produktion von Biosprit. Die Regierung fördert diese Geschäfte und erhofft sich darüber kurzfristige Gewinne. In einem Land, in dem ohnehin nur knapp 10 Prozent der Landesfläche landwirtschaftlich überhaupt nutzbar ist und die Bewirtschaftung von Land für 80 Prozent der Bevölkerung die Lebensgrundlage bildet, ist dies eine Katastrophe.¹³ Auch der überlebenswichtige Zugang zu Weidegründen und Wasser für die Viehherden der rund sieben Millionen Nomaden Kenias wird durch den Landraub stark eingeschränkt.

Nachbarland Äthiopien

Olema A. Refuee from Gambela, Äthiopien, wurde von seinem Land vertrieben, gedeckt von der Weltbank und der äthiopischen Armee im Auftrag der saudi-arabischen Firma Saudi Star.

Starting from our grandfathers,
they all lived in that land.
They were born there,
and they were buried there.
Our deads are important for us,

¹⁰ www.zeit.de/wirtschaft/2012-04/land-matrix Der weit überwiegende Teil der verkauften oder verpachteten Flächen, etwa 70 Prozent, liegt in nur elf Ländern. Sudan, Äthiopien, Mosambik, Tansania, Madagaskar, Sambia und die Demokratische Republik Kongo. Die wichtigsten Investoren hingegen kommen aus Indien, China, Malaysia, Südkorea, Indonesien und den Vereinigten Arabischen Emiraten.

¹¹ Ernst August Ginten und Inga Michler: Rücksichtslose Jagd auf den neuen, alten Bodenschatz. Die Welt 19.01.2016.

¹² In Sierra Leone, einem der ärmsten Länder der Erde, wurde bereits 1/3 der landwirtschaftlichen Nutzfläche verpachtet oder verkauft! Was oft nur bleibt, ist Abwanderung, erst in die Städte, dann in die Nachbarländer, einige fliehen weiter nach Europa. <https://fian.at/de/artikel/land-grabbing-agrartreibstoffprojekt-sierra-leone/>

¹³ In Kenia leben 80 Prozent der Menschen in ländlichen Gebieten. Die Landwirtschaft machte 2008 gut 27 Prozent des BIP aus. Die Kleinbäuer*innen Kenias, die jeweils um die 2 Hektar Land bewirtschaften, stemmen 70 Prozent der nationalen Nahrungsmittelproduktion.

www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Land_Grabbing/fian_fact_sheet2010-4_kenia_final_web.pdf

and they are buried on that land.

Without land, we have nowhere to live.

Without land, it is meaningless to live on this earth.

In my culture land is everything.

Without it, there is no future.

As our land is taken away, our future is empty.

We do not have hope.

How can we live without land?

Can we farm in the air?

No, you can't farm in the empty space.

You can only farm on land.

We need our land for our children,
so they can have a future.

We need our land back.¹⁴

Die afrikanische Landnahme durch internationale Konzerne führt zu massiven Konflikten, Vertreibungen und Enteignungen und schafft zudem neue Abhängigkeiten von externer Nahrungsmittelhilfe.

Beim Landgrabbing hat auch die Politik einen großen Anteil.

Im Widerspruch zu den Verpflichtungen der EU-Mitgliedstaaten, international ein Umfeld für die universelle Verwirklichung der Menschenrechte zu schaffen, fördert die EU derzeit ein Investitionsklima, die Landgrabbing befördert. Eine lokale, nachhaltige landwirtschaftliche Produktion passt nicht in das Kalkül der global herrschenden Ökonomie.

Deklariert als Entwicklungshilfe beteiligt sich z.B. das BMZ an der Umstrukturierung der afrikanischen Landwirtschaft nach europäischem Vorbild – vorgeblich, um den Hunger zu bekämpfen, tatsächlich aber um die Interessen des internationalen Agrobusiness zu bedienen. Anstatt autarke Techniken zu unterstützen, wird Entwicklungshilfe immer häufiger dazu benutzt, ein rein exportorientiertes Wirtschaften einzuführen. Mehr als 100 Millionen Kleinbauern- und Bäuerinnen könnten in den kommenden Jahren nach einer Schätzung von Fian ihrer Existenz beraubt werden. Das Recht auf Nahrung rückt auch für die nächsten Generationen in weite Ferne. Der Rechtlosigkeit der Betroffenen steht der in Handelsverträgen fixierte Ausbau des juristischen Schutzes für ausländische Investoren gegenüber. Der Ungleichheitszusammenhang wurde von kolonialer Gewalt auf Recht umgestellt. Sagt der Soziologe Stephan Lessenich.¹⁵

Der Landraub ist nach Angaben der FAO einer der Gründe, warum Zahl der weltweit Hungernden nach einer Dekade erstmals wieder gestiegen ist.¹⁶ Hier schließt sich ein Kreis: Die Abhängigkeit von importierten Lebensmitteln steigt, was ein Einfalltor für Big Food darstellt und zur fatalen

Gleichzeitigkeit von Übergewicht und Hunger führt.

¹⁴ Das grüne Gold. Ein Film von Joakim Demmer. 2017

¹⁵ Stephan Lessenich, www.deutschlandfunk.de/wer-zahlt-fuer-unseren-wohlstand-wir-sind-verantwortlich.1184.de.html?dram%3Aarticle_id=397260

¹⁶ Laut dem im Herbst 2017 veröffentlichten Ernährungsbericht der Vereinten Nationen litten im vergangenen Jahr 815 Millionen Menschen und damit elf Prozent der Weltbevölkerung Hunger. Das waren 38 Millionen Menschen mehr als 2015. Besonders betroffen ist Ostafrika. Liegt der Anteil für Asien bei 11,7 Prozent, so wird für Afrika gesamt 20 Prozent genannt und für Ostafrika 33,9 Prozent
Alex de Waal. Le Monde diplomatique vom 10.08.2017

Fazit

Die politische Ausrichtung Deutschlands und Europas zu Afrika hat mit dem Marshallplan nicht viel gemein, sie erinnert eher an den **Morgenthauplan von 1944**. Der Plan des damaligen US-amerikanischen Finanzministers Henry Morgenthau sah als Alternativkonzept zum Marshallplan vor, Deutschland zu deindustrialisieren und in einen Agrarstaat zu verwandeln, um einen weiteren deutschen Angriffskrieg zu verhindern. Der gewichtige Unterschied: Bei Morgenthau sollten sich die Deutschen von den produzierten Lebensmitteln ernähren können. Im heutigen Afrika werden sie gezwungen, sie zu exportieren.

Die Politik selbst ist es, die das parlamentarische Prinzip der öffentlich kontrollierten politischen Entscheidungsfindung zugunsten von privaten Renditeinteressen bewusst beschneidet und sich ihrer eigenen politischen Gestaltungsmöglichkeiten beraubt. Die Deregulierung von staatlicher Kontrolle stellt faktisch nichts anderes dar, als eine Regulierung zugunsten der Wirtschaft.

»Auch wenn es inzwischen einige Handelsverträge gibt, die Menschenrechtsklauseln enthalten, haben diese **niemals** Vorrang vor den Handelsinteressen der Industriestaaten«, resümiert der Handelsexperte Thomas Fritz.

Oder wie es Jane Nalunga von SEATINI Uganda so treffend ausgedrückt hat:

» *If you're not at the table, you're on the menu*«.

So paradox es auf den ersten Blick klingen mag: Der **Marshallplan für Afrika** muss gelesen werden als Versuch, die Folgen des kapitalistischen Projekts in seiner neoliberalen Form zu **kaschieren** und zugleich als offenes Eingeständnis des **Scheiterns** einer Politik, deren tödliche Folgen sich nicht mehr verbergen lassen.

In dieser Paradoxie könnte eine Chance liegen – sofern aus dem wachsenden Unbehagen an dem globalisierten Kapitalismus eine Bewegung wird, die Politik an ihre Verpflichtung für den Vorrang der Menschenrechte vor Unternehmensinteressen zu erinnern.¹⁷

So ist auch das Bemühen der UNO für ein **rechtlich bindendes Menschenrechtsabkommen für (transnationale) Unternehmen** eine ermutigende Entwicklung. Die Initiative aus Südafrika und Ecuador schlägt die Haftung von Konzernen entlang der kompletten Zulieferkette vor.¹⁸ Staaten sollen verpflichtet werden, den von Menschenrechtsverstößen Betroffenen internationalen Rechtsschutz zu gewähren.

Doch der Durchsetzung gesellschaftspolitischer Veränderungen stehen kolossale Machtinteressen entgegen. Regierungen, Unternehmen, elitäre Netzwerke; sie alle bekämpfen sie aufs Äußerste. Da wundert es nicht, dass die Bundesregierung kürzlich entschieden hat, sich nicht direkt an den UN-Gesprächen zu beteiligen.¹⁹ Umso wichtiger ist es, dass sich eine internationale Koalition von über 1.000 Gruppen, sozialen Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen gebildet hat, um die Regierungen unter Druck zu setzen. Immerhin wurde auch das völkerrechtlich bindende Abkommen zum Verbot von Landminen 1997 dank einer von medico international mitinitiierten internationalen

¹⁷ Bisher gelten nur freiwillige Selbstverpflichtungen: Global Compact der Uno, Kimberleyabkommen zwischen Industrie und Diamantenexportierenden wie –importierenden Ländern, Textilinitiative des BMZ

¹⁸ »Regulierung ist keine willkürliche Behinderung der Wirtschaft, sondern ein notwendiger Schutz vor Willkür, Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung« (Joseph Stiglitz 2016).

¹⁹ www.migazin.de/2017/10/24/deutschland-un-verhandlungen-firmenhaftung-menschenrechtsverletzungen/?utm_source=wysija&utm_medium=email&utm_campaign=MIGAZIN+Newsletter

Kampagne politisch gegen alle Widerstände erstritten.²⁰ Die Menschenrechte scheinen künftig nur dann noch eine Chance zu haben, wenn sie »von unten« erneuert werden.²¹

Denn es gilt weiterhin, was der wunderbare afroamerikanische Schriftsteller James Baldwin 1960 formulierte: »Die Mehrheit, die Standards formuliert dafür, was ein Mensch sein kann, diese Mehrheit sind wir«.

»I think that this less-frightening future will be based upon a much more radical equality than we have today, and a much more radical optimism than we seem to be articulating. There are encouraging signs, because in so many places when you go and speak to young people, they're much less frightened of people who are not like them.«

Moshin Hamid

Literatur

1. **Andrew Jacobs und Matt Richtel:** How Big Business Got Brazil Hooked on Junk Food New York Times 16.9.2017
2. www.compactwithafrica.org
3. **Joakim Demmer:** Das Grüne Gold. Dokumentarfilm 2017
4. **Fian International:** Landgrabbing und Menschenrechte: Die Rolle von EU-Akteuren im Ausland. Heidelberg 2017
5. **Ernst August Ginten und Inga Michler:** Rücksichtslose Jagd auf den neuen, alten Bodenschatz. Die Welt 16.01.2016.
6. **Robert Kappel und Helmut Reisen:** The G20 »Compact with Africa«. Unsuitable for African Low-Income Countries. Juni 2017
7. **Kenya Human Rights Commission:** The ABC of EAC-EU Economic Partnership Agreements (EPA). Nairobi 2017
8. **Stephan Lessenich:** Neben uns die Sintflut: Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis. Berlin 2017
9. **Treaty Alliance Deutschland:** Für eine menschenrechtliche Regulierung der globalen Wirtschaft: Positionspapier zum UN-Treaty-Prozess zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen. Berlin 2017
www.cora-netz.de/cora/wp-content/uploads/2017/09/TreatyAlliance-D_Positionspapier_2017-09.pdf
10. **Marco Zoppi:** G20 Compact with Africa in Berlin: Implications for EU-Africa relations. 2017
www.pambazuka.org/democracy-governance/g20-compact-africa-berlin-implications-eu-africa-relations

²⁰ Treaty Alliance Deutschland: Für eine menschenrechtliche Regulierung der globalen Wirtschaft: Positionspapier zum UN-Treaty-Prozess zu transnationalen Konzernen und anderen Unternehmen. Berlin 2017.

²¹ Die globale Politik und Wirtschaft neu denken: **Nach Ansicht des kamerunischen Philosophen Achille Mbembe das kann kein Projekt des Westens sein, denn die europäischen Staaten und die USA haben die Krisen unserer Zeit noch nicht erkannt.** Ganz einfach weil sie nicht die Hauptlast tragen In Afrika hingegen, wo sich die ganze Gewalttätigkeit des modernen Kapitalismus seit Jahrzehnten niederschlägt, müssen die Alternativen gedacht werden.